

# Kraukauer Zeitung.

Nr. 120.

Dinstag den 29. Mai

1866.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafau 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nkr. X. Jahrgang.

Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

Annoncen übernehmen die Herren: Haafenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

Gebühr für Insertionen im Anstalt für die vierstellige Zeitzeile 5 Nkr., im Anzeigebrett für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserats-Bestellungen und Gelber übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom den General-Auditor Carl Pfister als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Classe den Ordensstatuten gemäß in den Ritterstand des österreichischen Kaiserthums allergnädigst zu erheben geruht.

### Veränderungen in der k. k. Armee.

**Ernennungen:**  
Der Oberst David Freiherr Urs de Margina, des Ruhestandes, zum Insel- und Festungscommandanten zu Lissa;  
der Oberstlieutenant Carl Volziano Gler von Kronstätt, des Generalstabes, zum Generalstabeschef beim Landesgeneralcommando zu Temesvar;  
der Major Gustav Gler von Gontio, des Wienercorps, zum Oberstlieutenant im Corps;  
der Major Heinrich Ritter v. Schmerling, des Landesgendarmariercommando Nr. 3, zum Commandanten des Landesgendarmariercommando Nr. 15;  
der Major Anton Sabranski v. Thalbrück, des Landesgendarmariercommando Nr. 10, zum Commandanten des Landesgendarmariercommando Nr. 4;  
der Major Ludwig Hef v. Hefenthal, des Ruhestandes, zum Stadt- und Castellcommandanten zu Götz;  
der Hauptmann erster Classe Franz Kuchbacher, des Wienercorps, zum Major im Corps;  
der Oberkriegscommissär erster Classe Joseph Ritter v. Gloumer zum Adjutanten des Vorstandes der dritten Abtheilung beim Landesgeneralcommando zu Prag und  
der Oberkriegscommissär erster Classe Adolf Horsekty Gler v. Horsthal zum Vorsteher der dritten Abtheilung beim Landesgeneralcommando zu Brünn.

**Uebertragung:**  
Der Oberst Peter Kammmer Ritter v. Castell-Romaldo, Commandant des Landesgendarmariercommando Nr. 4 in gleicher Eigenschaft zu jenem Nr. 13.

**Verleihung:**  
Dem Major Wilhelm Ritter v. Breithaupt, des Ruhestandes, der Oberstlieutenantcharakter ad honores.

**Pensionirungen:**  
Der Oberstlieutenant Alois Franz, des Infanterieregiments Albert Kronprinz von Sachsen Nr. 11;  
der Major Franz v. Gisaux, des Infanterieregiments Freiherr v. Grueber Nr. 34;  
der Rittmeister erster Classe Vincenz Miesner, des Uhlaneregiments Erzherzog Carl Ludwig Nr. 7, mit Majorscharakter ad honores;  
Die Oberkriegscommissäre erster Classe Carl Böpfel, August Slameczka und Johann Auf.

Der Staatsminister hat den Custos der Universitätsbibliothek zu Krafau Dr. Adolph Mukowski zum Bibliothekar allort ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

### Krafau, 29. Mai.

In der jezt ausführlich und vorliegenden Mittheilung der „Krauk. Ztg.“ über die Collectiv-Note der neutralen Mächte, welche die Congreßeinladung enthält, heißt es weiter, jede der drei Mächte habe nebstbei ihren besondern Standpunkt den einzelnen Fragen gegenüber in Separat-Instructionen festgehalten, welche gleichzeitig durch ihre Vertreter den betreffenden Höfen übermittelt werden sollen. Desterreich hat nun bekanntlich gleichfalls officiell in Paris anzeigen lassen, daß es mit dem Zusammentritt des Congreßes im Principe durchaus einverstanden sei, daß es sich aber vorbehalte, von gewissen Bedingungen seinen Beitritt abhängig zu machen. Als eine solche nennt man u. A. die Behandlung der österreichisch-italienischen Differenz in dritter Linie.

Wie ein Pariser Telegramm des „Fremdenblattes“ meldet, ist an den Stellvertreter des Duc de Gramont, Baron Moshourg in Wien, die Weisung ergangen, daß die Vermittlung der Congreßeinladungen einen Collectivschritt der drei neutralen Mächte bildet, er also mit der officiellen Mittheilung der am 24. d. M. abgegangenen Einladungsbefehle warten solle, bis auch Lord Bloomfeld und Graf Stakelberg die bezüglichen Befehle aus London und Petersburg erhalten haben werden.

Frankreich, schreibt man der „R. Z.“ von Paris, hat ursprünglich gewünscht, daß den Beschlüssen des Congreßes ein executivischer Charakter gegeben werde. Da die anderen neutralen Mächte sich nicht so weit binden wollten, so scheint man jezt gewillt zu sein, eventuell die Execution allein zu übernehmen, was im Grunde nichts Anderes besagt, als daß man sich den Interessen Frankreichs gemäß activ an dem Kriege betheiligen will. — Man scheint in der That gewisse Territorial-Combinationen in Aussicht genommen zu haben, welche Desterreich nicht ganz unannehmbar sein möchten. — Was die Minister des Aeußeren anbelangt, so haben bereits die Herren v. Bismarck und de Cammora versprochen, nach Paris zu kommen. Lord Clarendon, der bekanntlich in sehr intimen Beziehungen zu den Aulicern steht, wird natürlich bei der Congreß nicht fehlen, und wenn man der „Patrie“ Glauben schenken darf, so wird man auch den russischen Minister des Aeußeren und den Grafen v. Mens-

dorf-Pouilly hier erwarten dürfen. Die hiesigen Gesandten der fünf Mächte werden alsdann als zweite Bevollmächtigte figuriren. Die Conferenz selbst würde zwischen dem 5. und 10. Juni zusammentreten. Während des Zusammenseins des Congreßes sollen die Mächte unter den Waffen bleiben, sich aber dazu verpflichten, ihre Rüstungen nicht weiter fortzusetzen. Es scheint, daß man dies verlangen will, aber es ist kaum anzunehmen, daß Italien darauf eingehen wird.

Einem Petersburger Privatbriefe entnimmt das „Fremdenblatt“ nachfolgende interessante Mittheilung: „Lediglich unserem Cabinet ist es zu danken, daß, wenn auch auf die Conferenz selbst keine Hoffnungen zu setzen sind, doch auf die Befriedigung derselben von Seite Desterreichs gehofft werden dürfte. Wäre der ursprüngliche Entwurf der Einladungsbefehle mit der ausdrücklichen Anführung der venezianischen Frage als ersten Programmpunctes beibehalten worden, so wäre die Einladung Desterreichs sicher zurückgewiesen worden. Fürst Gortschakoff sah dies wohl ein und als der französische Botschafter Baron Taillierand ihm diesen ersten Entwurf vorlegte, wies er ihn in bestimmtester Weise mit den Worten zurück: Ich kenne keine venezianische Frage. Als daher Baron Taillierand ihn bat, doch selber eine neue Fassung vorzuschlagen, brachte der Staatskanzler den Programmpunct: „examen des affaires italiennes“ in Vorschlag, welche Fassung auch angenommen worden.“

In diplomatischen Kreisen Berlins, schreibt die „Berliner Monats-Ztg.“, seht man wenig oder gar keine Hoffnungen auf die Pariser Conferenz; im Gegentheil, man behauptet, diese Conferenz werde zum Kriege führen. Andererseits läßt sich nicht verkennen, daß in leitenden Regionen sich jezt eine lebhaftere Neigung zum Frieden zeigt; unterrichtete Personen verweisen als Beleg dafür auf die jüngsten preussischen Erklärungen in Frankfurt hin. Ueber Verhandlungen zwischen Berlin und Wien betreffend die Herzogthümerfrage ist in den letzten Tagen vielfach geschrieben worden. Es kann jedoch versichert werden, daß in keiner Weise neuerdings überhaupt Verhandlungen zwischen den beiden Cabineten Statt gefunden haben. Auch Alles, was über einen Verkehr von preussischer Seite mit dem Prinzen von Augustenburg in Holstein verlautet, ist unrichtig; dagegen wollen Anhänger des letzteren Nichts davon wissen, daß er Anstalten zur Abreise nach Volzig treffe.

Der „Siebel“ hat schlechten Glauben in ein günstiges und einen noch schlechteren in ein schleuniges Resultat der jezt eingeleiteten diplomatischen Unterhandlungen. „Die Diplomaten“, sagt Louis Jourdan, machen es sich wirklich gar zu bequem und die Journale, die sich in so weillängige Erörterungen über den bedächtigen Gang des diplomatischen Verfahrens einlassen, wie z. B. die „France“, scheinen gar keinen Begriff von der verzweifeltsten Lage zu haben, in welche die österreichischen, preussischen und italienischen Finanzen gerathen. Diese 1,500.000 Krieger, die nur des Augenblicks harren, um gegen einander zu stürzen; diese Pferde, Kanonen, diese unermesslichen Munitionsvorräthe und Proviantvorräthe verschlingen jeden Tag das Besitzthum und die Ersparnisse von zwanzig Völkern. Alle Geschäfte liegen darnieder, alle Interessen sind bedroht, an allen Punkten steht gleichzeitig die Arbeit still. Seitdem diese großen Conflicte wie Damoclesschwerter über unsern Häuptern schweben, kann man den Schaden und die Ausgaben, die sie verursacht haben, auf mindestens zwei Milliarden Francs veranschlagen. Jeden Tag werden jezt in Deutschland, Preußen, Desterreich und Italien mehr als 15 Mill. Francs unwiederbringlich in den Abgrund geworfen. Alle Lebenskräfte der Nationen sind gelähmt, die jüngsten und stärksten Arme dem Pflug und der Werkstätte entzogen und dabei spricht man noch mit wichtiger Miene von diplomatischem Verfahren und findet, daß man den Göttern danken muß, wenn die Mitglieder der Conferenz zwischen dem 10. und 15. Juni zusammentreffen können! Tausendmal besser der sofortige Krieg, als diese traurigen, mühseligen Unterhandlungen, aus denen wahrscheinlich doch nicht der Friede hervorgehen wird.

Dem „Journal des Debats“ schreibt man aus Florenz: „Die Situation läßt sich kurz in den Worten zusammenfassen: Man spricht vom Congreß und rüstet sich zum Krieg.“ Innerlich glaubt Niemand an den Congreß und sieht die Unterhandlungen nicht als ernstlich, ja sogar kaum als aufrichtig gemeint an. Der in dem preussisch-italienischen Vertrage für den Beginn der Feindseligkeiten anberaumte Zeitpunkt ist der 28. Mai; doch kann der Termin auch mit beiderseitiger Zustimmung verlängert werden. Doch scheint man immer noch zum baldigen Losschlagen entschlossen zu sein. Die diplomatische Verschleppung benimmt den Leuten die letzte Geduld.“

Das „Frankfurter Journal“ bekämpft die Heringziehung der Bundesreform in das Congreßprogramm. Das Blatt schreibt ganz treffend: So unklar uns noch die Beziehungen sind, welche Anlaß geben könnten, die deutsche Bundesreform vor das Forum eines europäischen Congreßes zu ziehen — es müsse denn Desterreich offen die Bundesreform als eine der Ursachen des eventuellen Krieges bezeichnen wollen — so klar sind wir darüber, was von der deutschen Frage nicht vor jenen Areopag gehört und nicht unter den Gesichtspunct der Störung des allgemeinen europäischen Gleichgewichts gebracht werden kann. Die Vorschläge z. B., welche Preußen hinsichtlich der Bundesreform gemacht hat (man bezeichne die betreffenden Mittheilungen aus Karlsruhe für richtig), sind alle der Art, daß sie zu einer Einmischung des Auslandes nicht entfernt Anlaß geben können; selbst nicht der Punct eines neuen Bundesorgans. Weder im Jahre 1848 noch zur Zeit der Dresdener Conferenzen hat man dem Auslande eine Befugniß zur Einsprache oder Einwirkung in dieser Beziehung eingeräumt. Nach der Wiener Schlußacte besteht der deutsche Bund, in seinen äußeren Verhältnissen als eine in politischer Einheit verbundene Gesamtmacht. Einer solchen wird also unzweifelhaft das Recht, sich nach ihrem freien Ermessen eine Gesamtregierung und Verwaltung ihrer gemeinschaftlichen Verhältnisse und Interessen zu schaffen, wie sie es für gut hält, zuzustehen. Die Gründung einer deutschen Kriegsmarine, die Reform der Bundes-Kriegsverfassung sind ebensovien Gegenstände, um welche sich die europäischen Mächte anders zu kümmern hätten, als man sich eben zwischen Staaten überhaupt um die Verhältnisse des andern kümmert. Als der Bund seine Kriegsverfassung feststellte, ist es keiner Macht in den Sinn gekommen, etwas darin zu reben. Auch vernehmen wir, daß Preußen, insofern überhaupt die Frage der Bundesreform auf die Tagesordnung des neuen Lebens zu rufenden Congreßes gebracht werden soll, mit Entschiedenheit die Reserve aufgestellt hat, daß die Behandlung der deutschen Frage durchaus eine innere sei und dieselbe nur insoweit von einer Verathung mit den andern Mächten berührt werden könne, als etwa auch jeder andere Staat seine Beziehungen zu den übrigen europäischen Staaten besprechen lassen kann. Von einer eigentlichen Beeinflussung der innern Fragen kann aber keine Rede sein.

Im Laufe der vergangenen Woche, schreibt die „Berliner M.-Z.“, kam uns ein in Kopenhagen gedruckter Aufruf: „En Stemme fra Danmark til Tydskland“ (Eine Stimme aus Dänemark an Deutschland) zu, in welchem wir dafür zu agitiren ersucht werden, daß ein europäischer Congreß über Schleswig-Holstein entscheide, inzwischen aber die Verwaltung der Herzogthümer Dänemark übertragen werde! — Was wird erst nach dem Ausbruch des Krieges geschehen, wenn die Menschen jezt schon verrückt werden!

Der „Moniteur“ vom 27. d. schreibt: Mehrere ausländische Journale haben behauptet, es existire ein geheimer Vertrag zwischen Frankreich, Preußen und Italien, durch welchen Preußen sich im Falle eines Krieges verpflichte, die Rheinprovinzen, und Italien die Insel Sardinien an Frankreich abzutreten. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Behauptungen in allen Puncten falsch sind. Die französische Regierung hat keinerlei Verabredungen mit auswärtigen Mächten getroffen. (— — !)

Der „Avenir National“ will von einem wichtigen Rundschreiben wissen, welches das österreichische Cabinet an seine Vertreter im Auslande in Bezug auf die Abtretung Venetiens gerichtet hätte. Graf Mensdorff benachrichtigte darin seine diplomatischen Agenten von den Bemühungen der drei neutralen Mächte, Desterreich zum Aufgeben seiner italienischen Besitzungen zu bewegen. Im Grunde genommen, soll Graf Bismarck bemerken, gibt es ebensovien eine venezianische, als eine polnische, irländische oder estnische Frage. Das Rundschreiben trüge vorläufig einen confidentiellen Charakter und werde erst, wenn die Umstände es gebieterisch erheischen, den betreffenden Höfen zur officiellen Kenntniß gebracht werden.

Von der italienischen Regierung ist beim Schweizer Bundesrathe gegen den auf Pferde und Maultiere gesetzten Ausgangszoll von 400 Frcs. per Stück Protest erhoben worden. Der italienische Protest ist durch den einseitigen Charakter motivirt, welchen die Bundesrathliche Maßregel trage. Da sich nämlich Desterreich nicht aus der Schweiz mit Pferden versehe, so müsse sie als einzig und allein gegen Italien gerichtet betrachtet werden. Der Bundesrath hat der italienischen Regierung geantwortet, daß sie weder gegen Stalien noch gegen Desterreich ein feindseliger Act, sondern einfach unter den obwaltenden Umständen von den Interessen des eigenen Landes geboten worden sei, daher der Bundesrath sie auch aufrecht erhalten müsse.

Aus der letzten Bundestags-Sitzung theilen wir noch die folgenden Erklärungen mit: Baiern: „Der Gesandte stimmt dem Antrage bei und hat damit die Erklärung zu verbinden, daß die k. Regierung nicht zögern wird, ihre Armee auf den Friedensfuß zurückzuführen, sobald zwischen den Regierungen von Desterreich und Preußen wegen Zurückführung ihrer Streitkräfte auf den Friedensfuß eine Verständigung erzielt sein wird.“ Württemberg: „Der Gesandte stimmt dem Antrage zu und kann, in voller Kenntniß der Intentionen seiner allerhöchsten Regierung, sich der von dem k. bairischen Gesandten abgegebenen Erklärung anschließen. Zugleich muß er bemerken, daß die k. Regierung durch die Betheiligung an dem Antrage nur den Beweis ihrer föderativen und patriotischen Gesinnung gegeben hat.“ Im Wesentlichen wie Baiern und Württemberg erklärten sich Großherzogthum Hessen und Nassau, während Hannover sein Votum mit dem Bemerkten begleitete, daß es keine Rüstungen vorgenommen habe und Kurhessen unter Bezugnahme auf seine Abstimmung vom 9. Mai über den sächsischen Antrag wiederholt die Öffnung der Verständigung zwischen den Großmächten ausspricht.

Die „D. Allg. Z.“ erfährt, daß der für die Limburg'sche Angelegenheit nieder gesetzte Ausschuß von fünf Mitgliedern wahrscheinlich aus dem Bundestags-Gesandten für Desterreich, Preußen, Baiern, Hannover und die Rheinlande bestehen werde.

Die „N. Frankf. Z.“ meldet: Bei dem Bureau des Abgeordneten ist eine Erklärung von einer Anzahl österreichischer Abgeordneten eingegangen, in welcher dieselben wegen der verspäteten Einberufung gegen alle Beschlüsse Verwahrung einlegen. Ferner haben etwa 12 der anwesenden preussischen Abgeordneten erklärt, sie seien durch den raschen Abschluß der Verhandlungen verhindert worden, die Aeußerungen des Herrn Dr. Frese über die Bestrebungen der Mehrheit des aufgelösten preussischen Abgeordnetenhaufes zu berücksichtigen. Im Uebrigen hielten sie es nicht „der Mühe werth“ auf die Beschuldigungen des Herrn Dr. Frese nur ein Wort zu erwidern. Als Curiosum sei bei dieser Gelegenheit erwähnt, daß in dem Telegramm der belgischen und französischen Blätter von der Erklärung der 29 schleswig-holsteinischen Abgeordneten das Wort „schleswig-holsteinischen“ weggelassen ist, so daß es nur heißt, 29 Abgeordnete hatten eine Erklärung abgegeben. Diese Telegramme nehmen ihren Weg bekanntlich über Berlin.

In Kassel soll nach der „Nat.-Ztg.“ eine preussische Note eingetroffen sein, in welcher verlangt wird, daß Kurhessen sich über seine Stellung zu Preußen im Falle des Krieges bestimmter erkläre. Es werde darin von Preußen eine dreifache Alternative als möglich bezeichnet; entweder Kurhessen trete activ mit einem Hilfscorps auf preussische Seite, wo ihm die Stellung und Rücksicht eines Bundesgenossen zu Theil werde, oder Kurhessen bleibe einfach neutral, wo es von Preußen als neutral respectirt werde, mit alleiniger Ausnahme, daß neben der freien Benützung der Stappenstraßen, zeitweise, wenn es die militärischen Rücksichten gebieten sollten, eine Aufstellung preussischer Truppen, nicht eine Besetzung durch dieselben im Lande erfolgen könne; oder Kurhessen ziehe bewaffnete Neutralität vor, worin Preußen einen feindseligen Act erblicken und danach seine Maßregeln treffen müsse.

Wie die Pariser „Presse“ behauptet, hätte die Donaupräsidenten-Conferenz jeden Gedanken einer Occupation der Fürstenthümer ausgeschlossen. Nach der letzten Sitzung habe der türkische Botschafter eine Audienz bei dem Kaiser verlangt, um über die Eventualitäten zu sprechen, welche eine Verögerung der diplomatischen Entscheidung herbeiführen können.

Man schreibt dem Besuche des Prinzen von Dranien am Hofe zu Brüssel einen entschieden politischen Charakter zu. Im Haag wird versichert, daß eine Allianz zwischen Holland und Belgien erzielt wurde.

Der herzoginische Agitator Luca Bucalovich, welcher bekanntlich aus seinem Vaterlande ausgewiesen, zuerst nach Rußland ging, von da nach Serbien zurückkehrte und unlängst auf Drängen der türkischen Regierung Serbien wieder verlassen mußte, sammelt, wie das „Tribl.“ erfährt, auf russischem Boden ein Freicorps, mit welchem er, wahrscheinlich auf russischen Privatgeldern und in Bekleidung durch die Dardanellen gehen und in einem albanesischen Hafen landen will. Von dort aus will er die Fahne des Aufbruchs schwingen und neuerdings zur Befreiung seines Vaterlandes den Kampf gegen die Türkenherrschaft aufnehmen.



Aus St. Thomas wird gemeldet, daß der Dampfer „Schr“ mit 1200 Mann französischer Truppen von dort nach Veracruz abgegangen sei. Der französische Gesandte soll darüber in Washington die Erklärung abgegeben haben, daß dies bloß Ersatzmannschaften für heimkehrende Truppen seien.

Wie die „France“ meldet, ist die Rede davon, daß Marschall Bazaine mit dem ersten Detachement von Mexico zurückkehren wird. In diesem Fall würde General Douai dort das Obercommando behalten.

In Bezug auf die russische Expedition gegen Buchara schreibt der „Times“-Correspondent aus Calcutta: Während Herr Layard die feierlichen Versicherungen der russischen Regierung, daß sie nicht daran denke, ihre Grenzen gegen die Bucharei auszuwehnen, dem Unterhause wiederholt, ist jeder Bazar im Punjab und in Nordindien in Aufregung versetzt durch die Kunde von einem Siege der Russen über Buchara nicht mehr als 40 Meilen von Samarcand, sowie durch die Nachricht, daß die fanatisirten Mullahs von Buchara einen heiligen Krieg verkündigt haben. Derartige Versicherungen sind keinen Pfennig werth, seitdem sich Fürst Gortschakoff's Circular vom November 1864 als falsch erwiesen, als kaum die Lunte darauf trocken war. Immer wird die Entschuldigung bereit sein, daß der Czar seine Organe auf einer so entlegenen Gränze nicht controliren kann. Mag jene Nachricht nun wahr oder falsch sein, die Wirkung auf die leicht erregbaren Massen bleibt gleich gefährlich und dies ist es, was dem Verhalten Rußlands in Centralasien so große Bedeutung für uns verleiht.

#### †† Krakau, 29. Mai.

Am 31. d. M. als dem Frohnleichnamstage wird eine feierliche Procession mit dem Allerheiligsten von der Kathedrale am Schloße aus und vor Beginn derselben ein Hochamt in der obgenannten Kirche um 8 Uhr Vormittags abgehalten werden. Bei ungünstiger Witterung wird diese Feierlichkeit am nachfolgenden Sonntag d. i. am 3. Juni d. S. und im Falle desselben Hindernisses am nächsten Donnerstags d. i. am 7. Juni d. S. v. g. angesetzt werden.

#### Landtagsangelegenheiten.

Aus Pest, 26. d., Abends, wird gemeldet: Die Commission für Cultus und Unterricht hat Baron Göbös zu ihrem Obmann und Paul Szontagh zum Schriftführer gewählt. Dieselbe wird in der kommenden Woche ein Subcomité wählen. — Dea wurde heute eine von Wählern der sämtlichen Wahlbezirke der Stadt Pest unterzeichnete Vertrauensadresse überreicht.

#### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 27. Mai. Im Laufe des heutigen Vormittags kam Se. Majestät der Kaiser aus Schönbrunn in die Hofburg, empfing den Herrn Minister des Aeußeren, Grafen Mensdorff, und besuchte hierauf Ihre Majestät die Königin von Württemberg. Nachmittags 4 Uhr ist in der Hofburg zu Ehren des hohen Gastes ein Familiendiner.

Ihre Majestät die Königin von Württemberg empfing gestern Mittags in dem großen Empfangssaale der Hofburg die sämtlichen hier weilenden Herren Erzherzöge und Frauen Erzherzoginnen, die Herren Minister, das diplomatische Corps u. c. Nach dem Diner unternahm ihre Majestät, trotz des ungünstigen Wetters, mit der Frau Herzogin von Württemberg eine Spazierfahrt in den Prater und wohnte Abends in Gesellschaft Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin der Vorstellung im Hofburgtheater bei. Heute Vormittag 9 Uhr war großer Kirchgang und die Königin besuchte den Gottesdienst in der Hofburgkirche, bei welchem die sämtlichen Mitglieder des a. h. Hofes erschienen waren. Nach dem Gottesdienste statteten Ihre Majestäten der Kaiserin und die Kaiserin der Königin einen längeren Besuch ab. Mittags besuchte Ihre Majestät die Königin den Prinzen Philipp von Württemberg sammt Gemalin. Nachmittags 4 Uhr fand zu Ehren Ihrer Majestät in Schönbrunn ein großes Galadiner statt, an welchem die sämtlichen hier weilenden Mitglieder des a. h. Hofes theilnahmen. Auf dem großen Corridor spielte während des Diners eine Militär-Musikcapelle heitere Weisen. Ihre Majestät die Königin wird heute Abends das Carltheater mit ihrem Besuche beehren.

Ihre k. Hohheit Frau Erzherzogin Sophie ist gestern Abends hier eingetroffen.

Laut einer heute hier eingelangten telegraphischen Nachricht ist Großherzog Leopold von Toscana gestern von Brindisi nach Salzburg übersiedelt.

Die böhmischen Kroninsignien wurden, wie aus Prag gemeldet wird, nach Wien gebracht, um einzuweisen in der kaiserlichen Schatzkammer aufbewahrt zu werden. Am Dienstag Vormittags wurden dieselben in der St. Wenzels-Capelle in Gegenwart der mit der Sperr betrauten Persönlichkeiten gehoben und in eine Kiste verpackt, welche den Tag über im k. k. Statthalterei-Präsidium verwahrt wurde. Abends wurden dann die Kroninsignien auf den Bahnhof geschafft und mit dem gewöhnlichen Personenzuge nach Wien befördert. Von Seite des k. k. Statthalterei-Präsidiums fuhr Herr Statthalterei-Rath Plawats als Begleiter mit. Der Landesausschuß hat keinen eigenen Begleiter dazu deputirt, sondern, da mit demselben Zuge die Prager Gemeinde-Deputation nach Wien reiste, wurde Herr Dr. Brauner, welcher dieser Deputation angehört, ersucht, unter Einem den Landesausschuß bei der Uebergabe der Kroninsignien zu vertreten.

Vorgestern ist, wie eine Local-Correspondenz meldet, mit der Südbahn der Rest der mexicanischen Freiwilligen aus 183 Mann bestehend, hier eingetroffen. Die Leute wurden, wie die früheren Transporte, in dem Transport-Sammelhause der Heumarkt-Caserne untergebracht und werden demnächst in ihre Zuständigkeitsorte befördert werden; bis dahin erhält täglich jeder Mann 11 Kreuzer. Der Stand dieser Freiwilligen im Transporthause beträgt 356 Mann; hierunter befinden sich 202 Oesterreicher, 19 Preußen, 14 Baiern, 8 Sachsen, 2 Russen, 1 Engländer, 5 Mecklenburger, 9 Holsteiner, 76 Polen, theils Galizianer, theils aus Russisch-Polen. Nach Aussage derselben befinden sich noch 23 Mann krank in Trieste. 54 Mann sind in Graz zu dem freiwilligen Alpenjäger-Corps übergetreten, die übrigen noch Behelenden haben sich theils in die Armee einreihen lassen, theils von Trieste und Laibach aus in ihre Heimath begeben.

Aus Prag, 26. d., wird gemeldet: Der Oberlandmarschall erließ eine Kundmachung in Betreff des im Jahre 1859 gegründeten Fonds zur Errichtung von Freiwilligen-Corps in Kriegszeit. Die Mitglieder des bestandenen Comité werden eingeladen in Gemeinschaft mit dem Landesausschuß vor allem die Frage über die zweckmäßige Verwendung jenes Fonds in Erwägung zu ziehen und zur Entscheidung zu bringen; die diesfällige Berathung wurde auf den 3. Juni anberaumt.

In mehreren Städten Böhmens haben sich Hilfscomités zur Verpflegung verwundeter Krieger gebildet. — Die Gemeindevertretung von Práibram sendet eine Loyalitätsadresse an Se. Majestät den Kaiser. Ein Comité der Handelskammer in Prag hat gestern beschossen eine Petition an das Ministerium mit der Bitte zu richten: daß die Creditanstalt Vorzugsgeschäfte auf Waaren ausführe und auf eine halbe Million ausdehne.

Aus Benedig, 24. Mai, wird der „Bohemia“ geschrieben: Gestern ist die Urtheilsbestätigung für die im Friauler Aufstande Compromittirten herabgelangt und wurde auch nicht eine einzige Strafmilderung vorgenommen. Die Verurtheilten wurden bereits in die Strafhäuser auf der Insel Giudecca und nach Padua abgeführt.

#### Deutschland.

Wie die „Kieler Zeitung“ meldet, werden einige preussische Segel-Kriegsschiffe außer Dienst gestellt, um die Mannschaft zur Bemannung der Kriegsdampfer zu verwenden. Reservisten des See-Bataillons treffen täglich in Kiel ein.

Die württembergische Kammer der Abgeordneten hat am 24. d. die Wahl des Fünftehner-Ausschusses vorgenommen, welcher über die militärischen Vorlagen berichten soll. Oesterreich hat in dem Ausschusse sehr eifrige Freunde, Mohl, Probst, Schott u. c. Preußen, außer Rödinger, nicht einen ausgesprochenen Anhänger.

Der „Württemberg. Staatsanzeiger“ meldet amtlich, daß Prof. Wisler in Zürich zum Professor der Aesthetik und Literatur an der Universität Tübingen ernannt wurde.

Das Präsidium der 25. Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner macht bekannt, daß diese Versammlung „in Erwartung einer besseren Zukunft“ vertagt wird.

Die Berliner „Mont.-Ztg.“ schreibt: Ueber die Abreise Sr. Maj. des Königs zu den Truppen verlautet jetzt gar nichts. Es scheint vielmehr, daß Bestimmungen in dieser Beziehung von dem Verlaufe der Conferenz in Paris abhängig gemacht worden sind. Dagegen wird die Abreise des Kronprinzen wohl im Laufe der nächsten Tage erfolgen. — Wie man uns von gut unterrichteter Seite her mittheilt, hat Se. Majestät der König den Vertrag mit Italien bis jetzt noch nicht unterzeichnet. — Daß die „Fusaren-Regimenter der schlesischen Fürsten“ eine stattliche Geste war, können wir mit Bestimmtheit versichern. Ob die Oppenheim-Krupp v. d. Heydt'schen Juwelen-Regimenter, die das „Fremdbl.“ durch seine Wässer heranschwimmen läßt, sich in der Nähe befinden, nicht als etwas Gleiches herausstellen, wird sich in den nächsten Tagen offenbaren. Jedenfalls scheidet die Bemerkung, daß bereits 21 französische Officiere engagirt sind, die den Krieg in Alger in solchem Regiment mitgemacht haben, dem Gelschnabel jenes Schwimmvogels nicht ganz unähnlich. — Die Vorbereitungen zu den Wahlen werden insofern mit Eifer betrieben, als ohne Unterlaß die Anfertigung der Listen, Formulare u. s. w. erfolgt. Der Tag für die Erwählung der Wahlmänner wird spätestens bis zum 18. Juni erfolgen. Durch die Vermehrung der Bevölkerung wird Berlin in diesem Jahre 224 Wahlmänner mehr als bei der letzten Wahl im Herbst 1863 haben. Von einer Vermehrung der Abgeordneten für Berlin, deren Zahl nur noch, wie 1848, 9 beträgt, verlautet noch nichts. Uebrigens ist die Wiederwahl der Berliner Abgeordneten: Laddell, Heyl, Krieger (Regierungsrath in Posen), Jacoby und Runge; Diesterweg und Schulze (Delitzsch), Lünig und Laake außer allem Zweifel, es sei denn, daß Einer oder der Andere eine Wiederwahl nicht annähme. Der greise Diesterweg hat auf Befragen erklärt, eine Wiederwahl annehmen zu wollen. — Dr. Frese, der Böse, welcher jetzt in Holslein lebt, beabsichtigt sein Domicil zu verändern, sobald die Oesterreicher von dort abziehen. Er wird also dort bleiben.

Aus Rheinspreußen, 23. Mai, schreibt man der „R. Z.“: Es ist Thatsache, daß die eingezogenen Landwehrlente und Reservisten an mehreren Orten ohne Wohnung und Verpflegung geblieben sind, was in Wesel einige Leute so mißverstanden, daß sie einfach wieder nach Hause gingen. Eingezogene Officiere und Aerzte erhielten Abblagszahlungen auf ihre Equipirungsgelder, welche ihnen voll ausbezahlt werden mußten; die ausgehobenen Pferde wurden zum großen Theil statt mit barem Gelde mit Anweisungen auf die königlichen Kassen bezahlt. Zum Theil

mögen solche Vorkommnisse in der heidnischen Verwirrung ihren Grund haben, die sich überall kundgibt. Aus einem Dertchen an der Mosel hatte man sämtliche drei Aerzte, ohne die mindeste Rücksicht auf die von ärztlicher Hilfe nun ganz entblößte Bevölkerung, einberufen. In Trier angelangt, erhielten dieselben weder Reisezeld, noch Wohnung, noch Verpflegung noch — Beschäftigung. Nachdem sie ein paar Tage lang über ihre eigene Ueberflüssigkeit gestaunt und mit Schmerzen an ihre verlassen Kranken gedacht hatten, wurde ihnen bedeutet, sie könnten wieder gehen. Bei manchen Bataillonen kommen die Landwehrlente zu Hunderten wieder zurück, so daß die unnütze Friedensgerüchte entstehen; und was ist die Ursache? Man hat aus Versehen, Mißverständnis, irriger Berechnung in der Haft ganze Jahrgänge mehr einberufen, als nöthig waren. Daß aber auch ein reeller Geldmangel vorliegt, zeigt die raffinierte Knauferei, mit welcher man die Landwehrlente zum Theil selbst auf Märkten ohne Verpflegung läßt, indem man auf den Nothpennig speculirt, den sie vom Hause mitgebracht haben. In Crefeld und Düsseldorf haben Landwehrlente in Uniform die öffentliche Wohlthätigkeit in Anspruch nehmen müssen.

Die „Militärischen Blätter“ widerlegen die Nachricht von dem Eintritt des Herzogs Ernst von Coburg, so wie die Angaben der Breslauer Blätter über die Aufstellung der Armee in Schlesien.

Nach einem Schreiben der „R. Fr. Pr.“ von der schlesischen Gränze wird in Preußen schon Kriegsteuer gezahlt, und zwar in Summa von manchen Gemeinden 150—200 Thlr.

#### Frankreich.

Paris, 25. Mai. Auf Ansuchen der italienischen Regierung, welche Unruhen im Neapolitanischen befürchtet, deren Ursachen nur in Rom zu suchen sein würden, hat General Montebello die Bewegung der neapolitanischen Gränze der päpstlichen Staaten durch französische Truppen verfügt. Die französischen Garisunen sollen durch die auf Antibes gebildete römische Legion ersetzt werden, zu deren Ueberführung nach den päpstlichen Staaten während des 1. bis 5. Juni die Fregatte Eldorado bereit gehalten wurde.

#### Großbritannien.

Ein Londoner Correspondent der „A. Z.“ schreibt unter dem 21. Mai: Daß die Entfremdung zwischen der königlichen Mutter und dem Thronerben in letzter Zeit wieder Fortschritte gemacht hat, ist eine traurige Wahrheit, die den Scandalfrümmern in den Clubs und in den Kneipen reichen Stoff zur Ausbeute bietet. Es ist bekannt, daß die Heirath des Prinzen nicht auf der Wahl seiner Mutter beruht und daß die beabsichtigte Vermählung der Prinzessin Helena mit dem Prinzen Christian eine Art von ausgleichender Genugthuung, jedenfalls eine Angelegenheit ist, die der Königin sehr am Herzen liegt. Eben so bekannt ist es, daß der Prinz von Augustenburg hier von dem Thronerben, seiner Familie und seinem Suteranhang mit auffallender Kälte, ja mit beleidigender Zurücksetzung behandelt worden ist. Prinz Christian's plötzliche und unerwartete Abreise von England wird vom Publicum einer öffentlichen Insulte durch den Prinzen von Wales zugeschrieben. Von dieser Seite wurde übrigens nichts geparat, um den Bräutigam der Prinzessin Helena, den „deutschen Bettelprinzen“ unpopulär zu machen. Sein Charakter wurde beschmutzt, und die aus den vornehmsten Clubs auf die Straße dringende Stimme der Verleumdung jagte ihm die schrecklichsten Dinge nach, um das geheißte Heirathproject rückgängig zu machen. John Bull, die untheilhaftigste Mittel- und Arbeiterclasse, glaubte wohl nichts von diesen Ausstreunungen der berechneten Scandalhucke, dagegen wurde allgemein mit Bedauern bemerkt, daß sich der Zwiespalt zwischen der Königin und ihrem ältesten Sohne täglich erweiterte. Man wußte, daß dieser von seiner Mutter nur selten und nur bei öffentlichen Gelegenheiten empfangen wurde, und genöthigt gewesen war, sich für die Zeit der Abwesenheit, bei denen er natürlich nicht fehlen darf, nach einem Privatlogis umzusehen, weil ihm die Königin eine Wohnung in dem Schloß von Windsor verweigert. Mit großer Bestimmtheit wurde seit der Abreise des Prinzen Christian behauptet, daß das Verlöbniß gebrochen sei, da... doch es verlohnt sich nicht der Mühe, die scandalösen Lügen zu wiederholen, durch welche jene Hofintrigue unterstützt wurde. Genug, daß die Königin es für nöthig gehalten hat, der Stimme der Verleumdung endlich Schweigen aufzuerlegen und den Trauungsact auf den 5. Juli definitiv festzusetzen. Die heutigen Morgenblätter kündigen diese königliche Entscheidung officiell an und soweit wir die Stimmung des Publicums zu beobachten vermocht haben, können wir versichern, daß es nicht der Prinz Christian ist, über den die härtesten Urtheile gefällt werden.

#### Italien.

Die am Montag auf dem geheimen Consistorium gehaltene Allocution des h. Vaters, betreffend die Canonisation des seliggesprochenen Josephat Kunciewicz wird der römischen „Gaz.“-Corresp. vom 17. d. Mts. zufolge vielleicht gar nicht publicirt werden. Soviel dem Correspondenten bekannt, enthält sie nichts Politisches, nur wenige Worte über die bösen und stürmischen Zeiten, überhaupt nichts mehr als was der hl. Vater bei Publicirung des ersten bezüglichen Decretes in der Griechen-Kirche ausgesprochen.

#### Rußland.

Ueber die Familie Karakosoff's wird den „Wjesti“ aus dem Kreise Serdobsk (Gouv. Saratow) folgendes geschrieben: „Schon vor dem 25. April (a. St.) waren alle Kreisadelsschälle des Gouvernements nach Saratow gekommen, um wegen des Attentates vom 4. April (a. St.) eine Ergebnissadresse zu entwerfen und ihr Bedauern auszusprechen, daß der Verbrecher aus unserer Gegend stamme. Am 28. April sollten alle Adelsmarschälle nach Petersburg abreisen.

Mittlerweile hatte der Serdobskische Kreis-Adelsmarschall den Adel des Kreises zum 26. nach Serdobsk berufen. Die beiden rechten Brüder des Verbrechers Dmitrij Karakosoff, von denen einer, Alexej, ein wenig begüterter Edelmann und zugleich Ortskreiskar ist, waren von dem Kummer über die Schande, welche ihre Familie betroffen, ganz zu Boden gedrückt. Jetzt, sagt man, wissen die Unglücklichen nicht, was sie mit sich und ihrem Namen anfangen sollen. Man erzählt, daß zu Alexej K. ein Beamter der Ortspolizei gekommen sei und ihn versichert habe, daß das Volk in einem Anfälle von Wuth irgend eine Gewaltthat an ihm verüben könne, wenn er sich auf der Straße zeige; daß die Edelleute ihn nicht zur Versammlung zulassen würden, wenn er es unter irgend einem Vorwande wagen sollte, daselbst zu erscheinen; daß die Edelleute ihn zum Verkauf seines Gutes an sie zwingen und das Haus und die Hofstelle, wo Dmitrij K. gewohnt, zu zerstören, der Erde gleich zu machen und vielleicht zu verbrennen beabsichtigen und daß endlich allen Gliedern der Familie Karakosoff der Aufenthalt weder im Kreise Serdobsk noch im Gouv. Saratow gestattet werden könne, ja, daß man sie bis nach Frankreich und England verfolgen werde. Am 26. April eröffnete der Stellvertreter des Adelsmarschalls die Kreis-Adelsversammlung und las derselben ein Gesuch der beiden Brüder Karakosoff (Alexej und Peter) vor, in welchem diese meldeten, daß sie ihren Familiennamen zu ändern wünschten und daß sie, falls die Familie das Gut an den Adel zu verkaufen beschlösse, ihren Antheil an der Kaufsumme zu wohlthätigen Zwecken opfern wollten. Die Bittsteller selbst wohnten der Versammlung nicht bei. In Folge dessen wurde die Ansicht ausgesprochen, daß, wenn die Familie Karakosoff ihr Gut verkaufen und der Adel es kaufen wolle, dies nur den Bestimmungen des Allg. Gesetzbuches gemäß geschehen könne und daß man die beiden in Serdobsk anwesenden Gebrüder Karakosoff zu der Versammlung einladen und mit ihnen eine vorläufige Abmachung treffen müsse. Die Sitzung wurde auf eine kurze Zeit aufgehoben, während welcher ein Gebet auf das Wohl Sr. Maj. des Kaisers gehalten wurde. Darauf begann eine ziemlich lange Discussion über das Adressproject, welches zuletzt einstimmig angenommen wurde. Dasselbe stellt folgende Punkte auf: 1) Der Adel des Kreises Serdobsk stiftet den Dmitrij Karakosoff aus seiner Mitte aus; 2. er spricht den Wunsch aus, für freiwillige Beiträge in Serdobsk eine Mädchenschule auf den Namen des heiligen Joseph zu gründen; 3. er bittet, Dmitrij Karakosoff dem öffentlichen Gerichte zu übergeben, damit so bewiesen werde, daß er im Kreise Serdobsk keine Mitschuldigen hat. Uebrigens theilt derselbe Correspondent noch Folgendes mit: Der Vater des Dmitrij Karakosoff diente als Beisitzer des Serdobskler Landgerichts und starb vor 10 oder 15 Jahren im Irrensinne. Der älteste Bruder wurde vor einigen Jahren wahnsinnig und befindet sich im Saratowschen Irrenhause. Nach dem Tode des Vaters bestand die Familie Karakosoff aus acht Personen. Die Mutter des Verbrechers ist noch am Leben. Bei ihr befinden sich einige Töchter und ein Sohn. Dieselben leben auf dem Dorfe und befinden sich in großer Armuth.

#### Donaufürstenthümer.

Ein Buxarester Telegramm vom 23. Mai im „Wanderer“ meldet, Prinz Carl von Hohenzollern habe Tags vorher bei Eröffnen in der Kammer folgende Ansprache gehalten:

„Aus freiem Antriebe von der Nation zum Fürsten der Rumänen gewählt, habe ich ohne Zögern mein Land und meine Familie verlassen, um dem Rufe des Volkes zu folgen, welches mir seine Geschichte anvertraut hat. So wie ich den Fuß auf diesen heiligen Boden gesetzt habe, bin ich Rumäne geworden. Die Annahme des Plebiszits legt mir, ich weiß es, große Pflichten auf; ich hoffe, daß es mir gegönnt sein werde, sie zu erfüllen. Ich bringe ein loyales Herz, aufrichtige Absichten, einen festen Willen, Gutes zu stiften, eine unbegrenzte Ergebenheit für mein neues Vaterland und jene unüberwindliche Achtung vor den Gesetzen, mit welcher ich in dem Beispiele der Meinigen geschöpft habe. Heute Bürger, morgen Soldat wenn es sein muß, werde ich mit Ihnen die guten, wie üblen Geschiede theilen. Von nun an ist alles gemeinsam zwischen uns. Zählen Sie auf mich, wie ich auf Sie zähle. Gott allein kann wissen, was die Zukunft unserem Vaterlande vorbehalten. Begnügen wir uns damit, unsere Pflicht zu thun. Stärken wir uns durch Eintracht. Vereinigen wir unsere Bemühungen, um auf der Höhe der Ereignisse zu stehen. Die Vorkehrung, welche Ihren Erwählten bisher beschützte und die Hindernisse auf dem Wege hieher beseitigt, wird nicht sein Werk unbeeidigt lassen. Es lebe Rumänien!“

In der Kammer Sitzung vom 13., in welcher das Plebiszit über die Wahl des Prinzen von Hohenzollern sanctionirt wurde, ging es sehr lebhaft zu. Die Pariser Conferenz hatte bekanntlich unterm 4. Mai mittheilen lassen, daß die Kammer nochmals über die Union und über die Wahl des Fürsten abzustimmen habe, daß aber nach den bestehenden Verträgen die Wahl auf einen einheimischen Hospodaren zu fallen habe. Als Antwort hierauf wurde nun der Kammer ein Entwurf vorgelegt, in welchem erklärt wird: „daß der unveränderte Wille des rumänischen Volkes dahin gehe, das zu bleiben, was es auch gegenwärtig ist, nämlich ein einziges, ungetheiltes und untheilbares Rumänien; daß aber, was die Hospodaren-Wahl betrifft, Prinz Carl von Hohenzollern bereits vom Volke erwählt sei und die Kammer denselben als Fürsten Carl I. proclamire.“ Es traten mehrere Redner auf, welche gegen den Entwurf sprachen. General Tell machte darauf aufmerksam, daß die Wahl des Prinzen Gefahren von Außen heraufbeschwöre, wenn aber die Kammer denselben nicht wähle, drohe wieder Bürgerkrieg; von zwei Uebeln müsse man das kleinste wählen; deswegen sei er für den Prinzen, aber der







**Kundmachung.**  
**Erkenntnisse.**

Das k. k. Landesgericht in Lemberg hat am 21. April 1866, Zahl 5599 zu Recht erkannt, daß der Inhalt der im Jahre 1866 in Leipzig im Verlage von E. Kasprowicz erschienenen Broschüre: „Wspomnienia Kapitana Wojsk polskich z r. 1863“ die im § 305 St. G. und § 24 P. G. bezeichneten Vergehen begründe, und daher ihre Verbreitung verboten sei.

Das k. k. Landesgericht in Lemberg hat am 21. April 1866, Z. 5411, zu Recht erkannt, daß der Inhalt der im Verlage von E. Kasprowicz in Leipzig 1866 erschienenen Broschüre: „Braterstwo (Pismo ludowe) Książka 4“ das in §§ 222 und 305 St. G. vorgezeichneten Verbrechen bezüglich Vergehen begründe und daher deren Verbreitung verboten sei.

Das k. k. Landesgericht in Lemberg hat am 21. April 1866, Z. 5598, zu Recht erkannt, daß der Inhalt der im Verlage von E. Kasprowicz in Leipzig 1866 erschienenen Broschüre: „Ludzie i ludziska, życie i wegetowanie. Powieść przez autora „Wspomnienia Kapitana Wojsk polskich z 1863 roku“, die in den §§ 58 c, 305 St. G. und § 24 P. G. vorgezeichnete strafbare Handlungen begründe und daher die Verbreitung zu verbieten sei.

**Kundmachung.** (522. 3)

Im Grunde Erlasses des hohen k. k. Staats-Ministeriums vom 18. März 1866 Z. 1452/St. M. findet die k. k. Statthalterei-Commission einvernehmlich mit der k. k. Finanz-Landes-Direction die Vemantung der im Zuge der Verbindungsstraße von Góra ropeczycka nach Kolbuszów und Mielec in Borki wielkie befindlichen sieben zusammen 60 Klafter langen Brücken nach der II. Classe des für Privat-Brücken geltenden Mauttarifs zu Gunsten der Concurrenz, nämlich der Gutsheerrschaft Góra Ropeczycka und der Gemeinde Borki wielkie auf die Dauer von fünf Jahren vom 1. Juli 1866 angefangen, gegen Beobachtung der bei Aerial-Mauten bestehenden Vemantungen.

Zugleich wird bestimmt, daß die Brückenmautgebühren bei der in Borek wielki nächst der Wiener Hauptstraße gelegenen ersten Brücke eingehoben werden.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird. Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Kraufau, am 18. Mai 1866.

**Obwieszczenie.**

Na mocy rozporządzenia wysokiego c. k. Ministerstwa stanu z dnia 18 marca 1866 l. 1452/M. S. zezwala c. k. Komisya Namiestnictwa w porozumieniu z c. k. Dyrekcją krajową skarbu na omycenie 7, razem 60 sążni długich mostów w Borkach wielkich na drodze z Góry Ropeczyckiej do Kolbuszowy i do Mieleca prowadzącej wedle II klasy taryfy mostowego prywatnego na rzecz konkurencyi, mianowicie na rzecz państwa Góra Ropeczycka i gminy Borki wielkie na lat pięć, począwszy od 1 lipca 1866.

Jednocześnie zezwala się, ażeby należność przy pierwszym moście w Borkach wielkich przy góscinicy rządowej znajdującym się pobierane były.

Co się niniejszem do powszechnej wiadomości z tym dodatkiem podaje, że przepisy względem uwolnienia od placenia myta mostowego na drogach rządowych także i przy pobieraniu powyższych należności zastosowane być winny.

Z c. k. Komisji namiestniczej.

Kraków, dnia 18 maja 1866.

**Kundmachung.** (534. 1-3)

Im Grunde Erlasses des hohen k. k. Staatsministeriums vom 4. April 1866 Z. 1790 St. M. findet die k. k. Statthalterei-Commission einvernehmlich mit der k. k. Finanz-Landes-Direction in Gemäßheit des hohen Staatsministerial-Erlasses vom 18. März 1866 Z. 1452 St. M. die der Stadtgemeinde Kańczuga mit dem Erlasse des k. k. Ministeriums des Innern vom 17. August 1860 Z. 25412 bewilligte Vemantung der im Zuge der Verbindungsstraße von Przemyśl nach Nowosielec befindlichen drei zusammen 55 Klafter langen Brücken über den Mleczka-Bach auf die weitere Dauer von fünf Jahren vom 1. Jänner 1866 angefangen gegen Beobachtung der bei Aerialmauten bestehenden Mautbefreiungen und unter der Bedingung zu verlängern, daß hiedurch weder künftige legislative Aenderungen im Straßen- und Mautwesen berührt, noch aus diesem Anlasse gegen die Staats-Verwaltung Reclamationen oder Entschädigungsansprüche erhoben werden dürfen.

Zugleich findet man über Ansuchen der genannten Gemeinde zu gestatten, daß die bis nunzu nach der II. Classe des für Privatbrücken geltenden Mauttarifs eingehobenen Mautgebühren, vom 1. Juli l. J. angefangen nach der II. Classe des für Aerial-Brücken geltenden Mauttarifs bei jedem der beiden oberwähnten Brücken aufgestellten Mautschranken mit der Hälfte der entfallenden Mautgebühren eingehoben werden.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird. Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Kraufau, am 18. Mai 1866.

**Obwieszczenie.**

Na mocy rozporządzenia wysokiego c. k. Ministerstwa stanu z dnia 4 kwietnia 1866 l. 1790/248 zezwala c. k. Komisya Namiestnictwa w porozumieniu z c. k. Dyrekcją krajową skarbu na myśl reskryptu ministerialnego z dnia 18 marca 1866 l. 1452/M. S. na przedłużenie omycenia trzech, razem 53 sążni długich mostów na potoku „Mleczka“ na drodze komunikacyjnej z Przemyśla do Nowosieleca prowadzącej, które to omycenie gminie miejskiej w Kańczudze dekretem Ministerstwa spraw wewnętrznych z dnia 17 sierpnia 1866

l. 25412 dozwolone zostało, na dalsze pięć lat począwszy od 1 stycznia 1866.

Jednocześnie zezwala się na prośbę wspomnianej gminy, ażeby należność dotychczas wedle taryfy mostowego prywatnego II klasy pobierane, od 1 lipca b. r. wedle taryfy mostowego eraryalnego II klasy przy obydwoh rogatkach przy wyż wyrażonych mostach postawionych, w połowie pobierane były.

Co się niniejszem do powszechnej wiadomości z tym dodatkiem podaje, że przepisy względem uwolnienia od placenia myta mostowego na drogach rządowych, także i przy pobieraniu mostowego w Kańczudze zastosowane być winny.

Z c. k. Komisji namiestniczej.

Kraków, dnia 18 maja 1866.

**Kundmachung.** (535. 1)

Für die im Tarnower Kreise im Jahre 1862 durch die Weichselüberschwemmung Betroffenen ist aus den veranstahten Gelbfammungen der Gesamtbetrag von 54963 fl. 30 kr. eingeflossen, welcher zweckentsprechend verwendet worden ist.

Indem man dieses zur Linderung des Nothstandes der Bedrängten bethätigte Streben mit gebührender Anerkennung zur allgemeinen Kenntniß bringt, wird den hochherzigen Gekern für ihre bei diesem Anlasse bewährte Mithätigkeit hiemit der wärmste Dank ausgesprochen.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Kraufau, am 23. Mai 1866.

**Obwieszczenie.**

Z zarządzonej składek pieniężnych na dotkniętych wylewem Wisły mieszkańców obwodu Tarnowskiego w roku 1862 wpłynęła kwota ryczałtowa 54963 złr. 30 kr., która odpowiednio celowi użytą została.

Podając ten czyn szlachetny z należytem uznaniem do powszechnej wiadomości, wyraża się wspaniałomyślnym dawcom za okazaną przy tej sposobności gotowość w niesieniu ulgi nieszczęściem dotkniętym winne podziękowanie.

Z c. k. komisji Namiestnictwa.

Kraków, dnia 23 maja 1866.

**Kundmachung.** (523. 3)

Im dem k. k. Militär-Ädierarznei-Institute zu Wien ist bis 1. October 1866 eine Civil-Pensionärstelle zu verleihen.

Mit dieser Stelle ist außer der jährlichen Pension von 400 fl. 5. B. und einer Naturalwohnung im Institute noch ein jährlicher Pauschalbetrag von 50 fl. 5. B. für Holz und Licht verbunden: auch werden die Pensionäre im dem Jahre, in welchem sie die thierärztlichen Studien absolvirt haben, ein Reisestipendium von 200 fl. erhalten, um Behufs ihrer besseren Ausbildung die Militär- und Privatgestüte, landwirthschaftliche Anstalten und ausländische Ädierarzneischulen zu bereisen und kennen zu lernen, wogegen sie sich verpflichten müssen, einen Reisebericht auszusarbeiten und an das hohe k. k. Kriegsministerium einzusenden.

Die Dauer des Pensionsgenusses ist zunächst auf drei Jahre festgesetzt, so daß zwei Jahre für die Studien und ein Jahr für die Vorbereitung zu der strengen Prüfung entfällt.

Den Pensionären wird die Zeit, welche sie als solche im Ädierarzneistitute zugebracht haben, bei ununterbrochen dem Staate geleisteten Diensten im Falle ihrer Verberkung in den Ruhestand als Dienstzeit angerechnet werden.

Bewerber um diese Stelle, welche Doctoren der Medicin, ledigen Standes sein müssen und das 30. Lebensjahr keinesfalls überschritten haben dürfen, haben ihre mit dem Taufschneine, Medicin-ae-Doctorendiplome, Moralitätszeugnisse, dann mit Belegen über Sprachkenntnisse und etwa schon geleisteten Dienste versehenen Gesuche längstens bis 15. Juni l. J. bei der k. k. n. ö. Statthalterei zu überreichen.

Bewerber, die bereits bei einer Behörde in Dienstleistung stehen, haben ihre Gesuche im Wege dieser Behörde zu überreichen.

Von der k. k. n. ö. Statthalterei.

Wien, am 4. Mai 1866.

**E d y k t.** (526. 3)

C. k. Sad krajowy w Krakowie niewiadomym z miejsca pobytu: Gabryelowi Grzebskiemu, Andrzejowi Grzebskiemu i Antoniemu i Teresie Grzebskiej wiadomo czyni, iż w tutejszo-sadowym depozycie dla masy Gabryela Grzebskiego dokumenta prywatne w łącznej sumie 10196 złr. 69 kr. dla masy Andrzeja Grzebskiego, w gotowiznie kwota 116 złr. 68 kr. i prywatne dokumenta w łącznej sumie 3283 złr. 73 kr., a dla masy Antoniego i Teresy Grzebskich kwota 6300 złr. w obligacjach indemnizacyjnych są przechowane.

Kraków, 1 maja 1866.

**E d y k t.** (528. 1-3)

C. k. Sad krajowy w Krakowie wiadomo czyni, iż na zaspokojenie należący się masie Katarzyny Ankiewiczowej od małżonków Serafina i Maryanny Stanisławskich sumy 1200 złp. monetą srebrną z procentem 50/100 od dnia 1 stycznia 1855 i kosztami 5 złr. 23 kr., 5 złr. 32 kr., 28 złr. 47 kr. w. a. z prawem potrącenia ułat poczynionych kwitami depozytowymi udowodnionymi być mających, egzekucyjna sprzedaż przez publiczną licytację realności pod nr. 261 dz. 1/376 gm. III w Krakowie położonej, według ks. gl. gm. III, vol. nov. 4, pag. 381, n. 13, haer. małżonków pp. Serafina i Maryanny Stanisławskich własnej, w trzech terminach, t. j. dnia 27 czerwca 1866, 20 lipca 1866 i 23 sierpnia 1866, każda razą o godz. 10 rano w c. k. Sądzie krajowym w Krakowie przedsięwzięta będzie pod następującymi warunkami:

1. Za cenę wywołania służyć ma wartość szacunkowa w kwocie 35389 złr. 86 kr. w. a. W pierwszych dwóch terminach realność ta niżej wartości szacunkowej sprzedana nie będzie, zaś w trzecim terminie sprzedana będzie także za cenę wszystkim zahipotekowanym długom wy-

równywającą. Gdyby wszystkie trzy termina bezskutecznie minęły, do przesłuchania wierzycieli hipotecznych w celu ułożenia warunków lejszych wyznacza się termin na dzień 23 sierpnia 1866 o godz. 4 po południu.

2. Chęć kupna mający złoży przed rozpoczęciem licytacji do rąk komisji licytacyjnej 10 części owej sumy szacunkowej w kwocie okragłej 3538 złr. w. a. jako wadium w gotówce, lub w publicznych obligacjach państwa austriackiego, lub też w listach zastawnych Towarzystwa kredytowego galicyjskiego z kuponami bieżącymi, które to papiery według kursu, jaki w najnowszym gazecie Krakowskiej niemieckiej, przez chęć kupna mającego do aktu licytacji złożyć się mającej, widoczny będzie, nigdy jednak nad ich nominalną wartość, przyjęte będą.

3. Chęć kupna mający wolno przejrzeć wyciąg hipoteczny i akt oszacowania w Registraturze c. k. Sadu krajowego w Krakowie.

O tem obie strony i wierzyciele hipoteczni, mianowicie mas nieobjęta s. p. Józefa Grocholskiego i wierzyciele, którzyby dopiero po dzień 21 grudnia 1865 do hipoteki na powyższą realność weszli, lub którzyby uchwała tę licytację rozpisującą przed pierwszą terminem licytacji doręczoną nie została, do rąk ustanowionego dla nich w osobie p. adw. Dra. Machalskiego z substytucją p. adw. Dra. Altha kuratora zawiadomienie otrzymają.

Kraków, dnia 30 kwietnia 1866.

**E d i c t.** (496. 2-3)

Von dem k. k. Bezirksamte als Gericht in Wojnicz wird den Christina Bocheński'schen Erben oder deren Rechtsnehmern, dem Leben, Wohnorte und Namen nach unbekannt, mit diesem Edicte bekannt gemacht, daß Leopold Mayerhoffer, Bevollmächtigter der Frau Antonia Lettel wider die Christina Bocheński'schen Erben oder deren Rechtsnehmer dem Leben, Wohnorte und Namen nach unbekannt, unterm 28. Jänner 1866, Z. 253 eine Klage wegen Anerkennung der Illiquidität der auf der Realität Nr. 116 in Wojnicz lmo loco intabulirten Forderung pr. 200 fl. C.-M., Löschung derselben und Erklärung der zur Bedeckung dieser Forderung depositenamtlich erlegten 200 fl. C.-M. sammt Zinsen als Eigenthum des II. Gläubigers auch Ausfolgung dieses Betrages eingebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber am 30. April 1866, Z. 253 zur mündlichen Verhandlung die Tagung auf den 19. Juli 1866, 10 Uhr früh bestimmt wurde.

Da der Wohnort der Christina Bocheński'schen Erben oder deren Rechtsnehmer unbekannt ist, so hat das Wojnicz'er k. k. Bezirksgericht zu deren Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten den Herrn Landesadvocaten Dr. Reines in Bochnia als Curator bestellt, mit welchem die angeblige Rechtsache nach Vorschrift der Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die Christina Bocheński'schen Erben oder Rechtsnehmer erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen anderen Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Bezirksgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorchriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Wojnicz, am 30. April 1866.

**Konkurs.** (529. 1-3)

W celu obsadzenia posady kancelisty i manipulantu kasowego przy kamerze miasta Tuchowa, rozpisuje się konkurs do końca czerwca r. b.

Konkurenci o tę posadę, z którą płaca 300 złr. w. a. połączona jest, mają w swych do c. k. Urzędu powiatowego w Tuchowie stylizowanych podaniach, prócz zwykłych przymiotów t. j. odpowiednich nauk, zupełnego władania polskim i niemieckim językiem, zatrudnienia w przeszłości, — jeszcze dowiesć, że posiadają potrzebny egzamin do manipulacji kasy miejskiej.

Z c. k. Urzędu powiatowego.

Tuchów, dnia 20 maja 1866.

**E d i c t.** (524. 1-3)

Ueber Einschreiten der Kraufauer k. k. Finanz-Procuratur de praes. 13. d. M. Z. 969 wird im Nachhange der h. a. Kundmachung vom 16. Dezember 1864 Z. 2578 das vom Strzyżow'er k. k. Steueramte ausgefertigte National-Anlehens-Certificat Nr. 51/55 des Joseph Cze-kański und Nr. 51/403 des Joseph Türk über je 20 fl. hiermit für amortisirt, null und nichtig erklärt.

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte.

Strzyżów, am 30. April 1866.

**Kais. kön. privileg. galizische Carl Ludwig-Bahn.**

**K u n d m a c h u n g.**

(537. 1-3)

Unter Aufrechthaltung der, in der Kundmachung vom 9. April l. J. veröffentlichten Modalitäten wird vom 1. Juni d. J. bis auf Weiteres der auf unserer Bahn bestehende Tarifzuschlag auf 20% festgesetzt.

Wien, am 23. Mai 1866.

**Der Verwaltungsrath.**

**Meteorologische Beobachtungen.**

Tag	Barom. Höhe auf 0° Reaum. red.	nach Reaumur Temperatur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe des Tages von bis
28	2	329.08	+17.1	62	Süd still	trüb	Donner und Regen
29	10	29.94	11.0	97	St. schwach	heiter mit Wolken	-8.2 +13.2
30	6	29.79	9.6	93	"	"	"

**Concurs.** (533. 2-3)

Postexpeditionenstelle bei der neu zu errichtenden Post-Expedition in Zolynia gegen Vertrags-Abschluß und Caution per 200 fl. Dieselbe wird sich mit dem Brief- und Fahrpostdienste befassen, und ihre Postverbindung mittelst der bestehenden von der Postexpedition Leżajsk unterhaltenen täglichen Botenfahrten Leżajsk-Lancut erhalten.

Bezüge des Postexpedienten einhundertdreißig Gulden Bestallung, zwanzig Gulden Amtspauschale jährlich.

Gesuche sind unter documentirter Nachweisung des Alters, Wohlverhaltens, der bisherigen Beschäftigung und der Vermögensverhältnisse und zwar von bereits in öffentlichen Diensten stehenden Bewerbern im Wege ihrer Vorgesetzten, sonst aber im Wege der zuständigen politischen Behörde, binnen drei Wochen bei der Postdirection Lemberg einzubringen.

Von der k. k. galiz. Postdirection.

Lemberg, den 23. Mai 1866.

**Kundmachung.** (525. 3)

Der Gemeinde Lukowica Sandezer Kreises, Bezirk Limanowa, wurde die Berechtigung zur Abhaltung von Wochenmärkten alle drei Wochen, und zwar an jedem Montage in der nach dem Markte in Limanowa folgenden Woche ertheilt.

Der erste Wochenmarkt wird am 11. Juni d. J. abgehalten werden.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Vom k. k. Bezirksamte.

Limanowa, am 22. Mai 1866.

**Obwieszczenie.**

Gminie Lukowicy w obwodzie Sandeckim, powiecie Limanowskim, nadane zostało prawo odbywania targów tygodniowych co trzy tygodnie, mianowicie w każdy poniedziałek tygodnia po jarmarku Limanowskim następującego.

Pierwszy targ odbędzie się dnia 11 czerwca 1866.

Co się podaje do publicznej wiadomości.

Z c. k. Urzędu powiatowego.

Limanowa, dnia 22 maja 1866.

**Einberufungs-Edict.** (540. 1)

Michael Grodzki, Bäcker und Albert Laskowski, Malerlehrling aus Podgórze, dann Franz Huppert, Gutspächter aus Wola duchacka, werden hiemit aufgefordert, binnen 3 Monaten vom heutigen Tage in ihre Heimath zurückzukehren und ihre unbefugte Abwesenheit bei dem gefertigten Bezirksamte zu rechtfertigen, widrigenfalls nach Ablauf dieser Präclufivfrist im Sinne des Auswanderungspatentes vom 24. März 1832 behandelt werden.

K. k. Bezirksamt.

Podgórze, am 26. Mai 1866.

**Der Juwelier M. Fröhlich,**

Ringplatz, neben der Marienkirche in Kraufau gibt dem P. E. Publicum bekannt, daß er alle in sein Fach einschlägigen Bestellungen annimmt und Reparaturen zu den mäßigsten Preisen bewerkstelligt. (539.1-3)

**Die Originalausgabe des in 28. Auflage erschienenen Werks:**

**Der persönliche Schutz von Laurentius.**

Aerztlicher Rathgeber in geschlechtlichen Krankheiten, namentlich in Schwächezuständen. Ein starker Band von 232 Seiten mit 60 anatomischen Abbildungen. In Umschlag versiegelt. Preis Thlr. 1. 10 Sgr.

= fl. 2. 20 kr.

ist fortwährend in allen namhaften Buchhandlungen vorrätig, in Kraufau bei Ferdin. Baumgarten,

in Wien bei C. Gerold's Sohn.

Man achte darauf, daß jedes Exemplar der Originalausgabe von Laurentius mit dessen vollem Namenssiegel versiegelt ist. — Die unter ähnlich lautenden Titeln erschienenen Auszüge und Nachahmungen desselben sind unvollständige, fehlerhafte Plagiate, wie schon ihr Aeusseres es verräth. (394. 6-12)

**[Inserat.]** (532. 2)

Am 20. Mai 1866 überreichte der Magistrat mit dem Stadt-Ausschusse von Jaslo dem hierortigen k. k. Steuer-Einnehmer Herrn Georg Riech in Anerkennung seines theilweisen Wohlwollens gegen die hiesigen Einwohner, dann seiner ausgezeichneten lokalen Haltung das Diplom des Ehrenbürgerrechts der Stadt Jaslo.

Jaslo, den 23. Mai 1866.